

1. Sicherheitsfunktionen:

Sicherheit ist (unabhängig vom subjektiven Empfinden):

- negativ formuliert: Die Minimierung von Unsicherheiten
- positiv formuliert: Gefahrenbeseitigung, Bekämpfung und Prävention von Unfällen, Schutz vor Katastrophen, sowie die Verminderung von Risiken in zahlreichen Lebensbereichen.
- repressiv formuliert: Ahndung und Aufklärung von Gesetzesverstößen.

Die Sicherheit die der Staat in zahlreichen Lebensbereichen zu gewährleisten hat, geht von „sozialer Sicherheit“ (Sicherung des Existenzminimums, Pensionen und Altersvorsorge, Gesundheitssystem, Arbeitslosenunterstützung, etc.) bis hin zur öffentlichen Sicherheit wie etwa:

- Kriminalitätsbekämpfung und –prävention
- Objektschutz (öffentliche Einrichtungen, Botschaften, Regierungsgebäude...)
- Gewährleistung der Sicherheit im öffentlichen Raum

Der Staat sollte demnach Unsicherheitsfaktoren (=objektive Dimension) beziehungsweise die bloße Furcht vor eventuellen Bedrohungen (= subjektive Dimension) vermeiden. Grundvoraussetzung dafür ist die Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols.

2. Outsourcing:

Die sinngemäße Übersetzung lautet „Ausgliedern“. Unter Outsourcing, einem Begriff der aus Wirtschaft und IT-Branche stammt, versteht man im allgemeinen das **Ausgliedern eines bestimmten Prozesses aus einem Gesamtsystem.**

Im Kontext unseres Themas bedeutet das, dass staatliche Aufgabenbereiche an nicht-staatliche Akteure übertragen werden. Im Bezug auf die Sicherheitsfunktionen lösen diese Strategien zur Effizienzsteigerung des Staates heftige Diskussionen aus.

3. Privatisierung, Outsourcing, Ausgliederung, Deregulation ?

a) Privatisierung:

Unscharfe Sammelbezeichnung für vielfältige und abgestufte Formen des Rückzugs von staatlichen Organisationseinheiten aus Aufgabenverantwortungen und dem entsprechenden Nachrücken gesellschaftlicher Kräfte. Wirtschaftliche und politische Umstrukturierungen und Reformen die im Sinne des Mottos „Mehr Privat – weniger Staat“ in den politischen Diskurs kommen, werden oft unter dem Sammelbegriff „Privatisierung“ erwähnt. Hier ist jedoch eine genauere Unterscheidung notwendig, da es verschiedene Formen des Phänomens gibt, die unterschiedliche Folgen für die betroffenen Beschäftigten, für die öffentlichen Finanzen und für den Staat haben. Folgende Unterscheidungen können (grob) getroffen werden:

- Verkauf von öffentlichem Eigentum (Produktionsmittel, Unternehmenskapital) an Private
- Ausgliederung von Wirtschaftstätigkeiten der öffentlichen Hand aus der Verwaltung
- Übertragung öffentlicher Aufgaben an Private (mit oder ohne Eigentumsübertragung)
- Änderung der internen Struktur öffentlicher Unternehmen, um betriebswirtschaftliche Entscheidungsstrukturen zu fördern (Kommerzialisierung)
- Beteiligung von Privaten an öffentlichen Unternehmen

b) Outsourcing/Ausgliederung:

Der Begriff der Ausgliederung ist weitaus enger gefasst als der der Privatisierung. Es gibt klare juristische Rahmenbedingungen die Folgendes festlegen:

- Organisationsform des Unternehmens
- Die Eigentumsverhältnisse
- Angemessener Einfluss der staatlichen Verwaltung auf die Geschäftsführung
- Allfällige Bindungen für das Unternehmen bei der Aufgabenbesorgung
- Allfällige Begünstigungen für das Unternehmen

c) Deregulation:

Unter Deregulation werden all jene Maßnahmen zusammengefasst, die zum Abbau von Marktbeschränkungen und Zugangsbarrieren. Sie ist von der Eigentumsstruktur unabhängig, die Reduzierung staatlicher Regelungen steht im Vordergrund.

4. Gründe für Outsourcing:

Die Gründe warum sich private Anbieter immer mehr in ehemals staatlichen Sicherheitsfunktionen etablieren können:

- Finanzierbarkeitsproblem der öffentlichen Sicherheit. Der Alltag wird in der Gesellschaft von Tag zu Tag komplexer. Die Möglichkeiten des Interessensausstausches ändern sich, mit diesen Neuerungen und Erweiterungen kommt es zu einer unüberblickbaren Fülle neuer Normen und Regeln, die Aufgabengebiete der Exekutive im Bereich der breiten Sicherheitsgewährleistung (Kernaufgabe der Polizei = Kriminalitätsbekämpfung) sind stark angewachsen.
- Ständig steigendes Sicherheitsbedürfnis seitens der Bevölkerung. Diese Komponente ist oft Resultat populistischer (Partei-)Taktiken im Zusammenspiel mit Massenmedien. Es wird das Gefühl einer gewissen Unsicherheit geschürt.
- Der öffentliche Raum hat sich vielerorts in private Einrichtungen verlagert die jedoch der Allgemeinheit zugänglich sind. Viele dieser privaten Einrichtungen schützen sich und die anwesende Bevölkerung mit privaten Sicherheitsdiensten. Dies kann in Absprache mit der staatlichen Gewalt geschehen, ist aber nicht unbedingt nötig. Daher beschäftigt sich die aktuelle politische Diskussion in Österreich zu diesem Thema auch mit unumgänglichen gesetzlichen Rahmenbedingungen die schnell erarbeitet werden müssen um eine klare Kompetenzverteilung im Sicherheitsdienst sicherzustellen, damit – in weiterer Folge – die privaten Sicherheitsanbieter die staatliche Hoheit nicht aufweichen können.

5. Mögliche Folgen der Outsourcing-Politik:

KritikerInnen:

Das quantifizierbare Zunehmen der privaten Sicherheitsakteure (siehe Folie) kann als Symptom für ein Nachlassen des Staates gesehen werden. Die Privaten stoßen in eine Lücke die der Staat nicht mehr füllen kann oder will. Das öffentliche Leben hat

sich mit dem Wandel von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungsgesellschaft in den Ballungszentren zu einem wesentlichen Teil in private Einrichtungen mit öffentlichem Charakter, wie z.B. Einkaufszentren oder Kinopaläste, verlagert. Kritische Autoren machen bereits hier große Defizite im Gewaltmonopol aus, weil dieses in einem Anwendungsraum (dem öffentlichen Raum) wirken soll, der für die Bürger/innen längst nicht mehr den entscheidenden Ort ihrer Existenz ausmacht. Der Grundrechtsschutz und das Prinzip der Gleichheit aller Bürger und Bürgerinnen das durch die unkommerzielle polizeiliche Arbeit geschützt ist, sei durch private Sicherheitsanbieter bedroht, ungleicher Schutz vor Gefährdungen die Folge. Es besteht die Befürchtung, dass Diejenigen die über entsprechende finanzielle Ressourcen verfügen, für ihre Sicherheit zahlen und sich in weiterer Folge der Sorge ums Gemeinwohl entziehen. Der Staat würde an Integrationskraft verlieren.

Erosion des öffentlichen Raumes, unbeabsichtigter Einflussverlust des Staates:
Die Verlagerung von Sicherheitsaufgaben auf Private erfolgt nicht unbedingt durch Übertragung von Hoheitsaufgaben(Imperium) sondern im Wege einer Erosion des öffentlichen Raumes – Man kommt zwar überall hin aber zunehmend in abgeschlossene oder videoüberwachte Bereiche (private Wohnviertel, videoüberwachte Einkaufsviertel) - Zugangsbeschränkungen werden größer.

BefürworterInnen:

Positive Bewertungen der strukturellen Änderung im Sicherheitsbereich gehen von ungeahnten Möglichkeiten aus. Die Einbindung von Privaten in die Sicherheitsdienstleistungen seien keine Bedrohung für das Gewaltmonopol sondern ein Chance die staatlichen Sicherheitsfunktionen den Erfordernissen der Gesellschaft flexibel anzupassen. Staat und Gesellschaft müssten gemeinsam gegen allfällige Bedrohungen des Gemeinwohls ankämpfen. Die Polizei zieht sich tendenziell aus der breiten Sicherheitsgewährleistung für die Bevölkerung zurück, weil der wirtschaftliche Trend der Effizienzsteigerung auch vor diesem Bereich nicht halt macht und die Exekutive ihre Kapazitäten besser nutzen muss. Befürworter der Strategie, Routineaufgaben der Polizei in private Hände abzugeben, sehen Private in diesem Zusammenhang als wichtigen Bestandteil zur Gewährleistung innerer Sicherheit.

6. Literatur

- **Weiner, Bernhard:** Privatisierung von staatlichen Sicherheitsaufgaben – Eine Untersuchung mit verfassungsrechtlichem Schwerpunkt; Frankfurt am Main, 2001
- **Kirsch, Benno:** Private Sicherheitsdienste im öffentlichen Raum - Formen und Folgen der Zusammenarbeit mit der Polizei in Berlin und Frankfurt am Main. 1. Aufl. Wiesbaden, Westdeutscher Verlag, 2003
- **Karré, Philip Marcel:** Die Motive für die Privatisierung von öffentlichen Unternehmen und die Ausgliederung von Verwaltungseinheiten in Österreich und den Niederlanden: ein Vergleich der Privatisierung der Österreichischen Postsparkasse (PSK) und der niederländischen Postbank N.V. und der Ausgliederung der Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) und der Nederlandse Spoorwegen (NS) Diplomarbeit, Wien 2001
- **Hornegg, Georg:** Die Ausgliederung staatlicher Aufgaben als Verwaltungspolitische Herausforderung. Strategien und Erfahrungen in Österreich. Diplomarbeit, Wien 1996
- **Glaeßner, Gert-Joachim:** Sicherheit in Freiheit - Die Schutzfunktion des demokratischen Staates und die Freiheit der Bürger. Opladen, Leske und Budrich, 2003
- **<http://www.aktivierender-staat.de>**
Page über eine neue Form der Verantwortungsteilung zwischen Staat und Gesellschaft. Grundlegende Aufsätze und Beiträge zum Thema und ein Diskussionsforum über Staats- und Verwaltungsmodernisierung
- **<http://www.soziale-sicherheit.de>**
Homepage die wesentliche Rahmenbedingungen und –Größen des Sozialstaates erklärt. Motto der Seite: Staatsabbau ohne Sozialabbau.
- **<http://www.bmi.gv.at/oeffentlsicherheit/>**
Homepage des Magazins des Innenministeriums. Die Site enthält Artikel und Beiträge zum Thema Öffentliche Sicherheit und „Mehr Privat – weniger Staat“